

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Bielefelder Klimabeirates
am 04.11.2021

Tagungsort: Großer Saal im Neuen Rathaus

Beginn: 17:00 Uhr

Ende: 19:00 Uhr

Anwesend:

Mitglieder

Herr Dr. Godehard Franzen

Herr Dr. Dieter Kammerer

Frau Meret Karenfort

Herr Dr. Michael Schem

(Vorsitzender)

Frau Prof. Dr.-Ing. Eva Schwenzfeier-Hellkamp

Herr Markus Stücke-Küsterarend

anwesend ab 17:15 Uhr

Herr Ulrich Tepper

Frau Bettina Willner

(Stellv. Vorsit-
zende)

Stellvertretende Mitglieder

Herr Hermann Dedert

Frau Sabine Kubitza

Frau Angela Rehorst

Nicht stimmberechtigte Stellvertretende Mitglieder

Herr Ferris Leander Fechner

anwesend ab 18:00 Uhr

Verwaltung

Herr Volker Walkenhorst

Stab Dezernat Umwelt und Klimaschutz

Frau Tanja Möller

Umweltamt

Frau Birgit Reher

Umweltamt

Frau Regine Thamm-Wind

Umweltamt

Schriftführung

Frau Anke Egging

Umweltamt

Öffentliche Sitzung:

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Vorsitzende Herr Dr. Schem begrüßt die Anwesenden und weist auf die Einhaltung der Hygienevorgaben zum Schutz gegen das Corona-Virus hin.

Herr Dr. Schem stellt den form- und fristgerechten Versand der Tagesordnung fest. Ohne Ergänzungen wird die Tagesordnung einstimmig beschlossen.

Herr Dr. Schem verpflichtet Herrn Dedert als Stellvertretung für Herrn Upmeyer zu Belzen.

-.-.-

Zu Punkt 1

Genehmigung der Niederschrift über die 7. Sitzung des Bielefelder Klimabeirates am 15.09.2021

Ohne weitere Aussprache ergeht folgender

Beschluss:

Die Niederschrift über die Sitzung des Bielefelder Klimabeirates vom 15.09.2021 (Nr. 7) wird nach Form und Inhalt genehmigt.

- einstimmig bei zwei Enthaltungen beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 2

Bericht aus dem Ausschuss für Umwelt und Klimaschutz

Herr Dr. Schem berichtet zur AfUK-Sitzung vom 27.10.2021. Der Beitritt zum Netzwerk Bio-Städte sei befürwortet worden. Für das Ziel der Klimaneutralität bis zum Jahr 2035 sei eine Beschlussvorlage der Verwaltung zum weiteren Vorgehen beschlossen worden. Der Zwischenbericht zum Handlungsprogramm Klimaschutz, der dem BKB in der heutigen Sitzung ebenfalls vorgestellt werde, sei Thema der Sitzung gewesen. Der Antrag zur Wiederaufnahme der PV-Förderung mit den bisher nicht verwendeten Mitteln aus dem Klimabudget 2021 sei beschlossen worden. Zu dem BKB-Antrag zur Auskunft über die Klimanotstandsforderungen 2019 werde dem AfUK am 16.11.2021 eine Beschlussvorlage vorgelegt.

Herr Dr. Schem berichtet, dass zum Umgang mit den Beschlüssen des BKB eine Tabelle vorgestellt worden sei. Darin sei auch der wiederholende BKB-Beschluss zum Antrag „Förderung der ÖPNV- und Fahrradnutzung bei Beschäftigten des Öffentlichen Dienstes“ aufgegriffen worden. Hierzu habe der Oberbürgermeister mitgeteilt, dass im Amt für Personal ein Angebot erarbeitet werde.

Weiterhin erläutert Herr Dr. Schem, dass der Beschluss zur „Prüfung der verpflichtenden Installation von Photovoltaik-Anlagen auf Dachflächen“ und zur „Nutzung der Solaroffensive der Region OWL“ ebenfalls tabellarisch aufgelistet worden sei. Zu letzterem seien bereits Informationsveranstaltungen geplant.

Frau Möller ergänzt, dass die vorgelegte Tabelle für die kommenden Sitzungen des AfUK das Instrument sei, die Beschlüsse des BKB für den AfUK aufzubereiten und zeitnah als Information in den Ausschuss zu transportieren; die tabellarische Übersicht ersetze dabei nicht eine im Einzelfall ggf. erforderliche Beschlussvorlage. Die Tabelle ist im Ratsinformationssystem hinterlegt.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 3

Mitteilungen

Frau Möller berichtet über die Vorlage „Anpassung des Handlungsprogramms Klimaschutz – Klimaneutralität bis 2035“, welche am 23.09.2021 vom Rat der Stadt Bielefeld beschlossen wurde. Klimaschutz sei ein prä-sentes Thema und von einer breiten Mehrheit getragen.

Auf Nachfrage erklärt Frau Möller, dass sämtliche Vorgänge und Dokumente wie z. B. Mitteilungen, Anfragen, Beschlüsse und Niederschriften im Ratsinformationssystem hinterlegt seien. Klimaschutz- und Klimaanpassungsthemen nähmen zunehmend mehr Raum ein. Der BKB setze durch seine Arbeit hierzu wertvolle Impulse.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 4

Zwischenbericht zum Handlungsprogramm Klimaschutz

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2579/2020-2025

Frau Reher stellt anhand der Präsentationsfolien den Zwischenbericht zum „Handlungsprogramm Klimaschutz bis 2050“ vor. Die zugehörigen Dokumente sind im Ratsinformationssystem verfügbar.

Herr Dr. Franzen dankt der Verwaltung für den informativen Bericht und die guten Erfolge. Bis 2035 müsse die Stadt noch deutlich stärker in die Umsetzung kommen und dazu konkrete Ideen entwickeln.

Herr Dedert regt an, den Beitrag des ökologischen Landbaus zur CO₂-Einsparung im BKB kritisch zu reflektieren. Er könne dazu einen Vortrag anbieten.

Herr Stücke-Küsterarend teilt seine Erfahrung mit, dass die Gebäudesanierungsquote nicht so hoch ausfällt, wie es eigentlich nötig wäre, da den

Hausbesitzer*innen trotz grundsätzlicher Sanierungsbereitschaft aufgrund steigender Immobilienpreise das Geld häufig fehle.

Herr Dr. Schem erwägt, dass der BKB eine Förderung im Rahmen des Klimaschutzbudgets entwickeln könne. Frau Reher weist auf die attraktiven Fördermittel der KfW für einzelne Sanierungsmaßnahmen hin. Eine Förderung des BKB müsse hierzu eine sinnvolle Ergänzung sein.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 5

Antrag: Ausbau Photovoltaik

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2588/2020-2025

Herr Dr. Franzen erläutert den Antrag und dankt Frau Professorin Schwenzfeier-Hellkamp und Frau Schepsmeier für die konstruktive Zusammenarbeit.

Herr Dedert äußert, er halte die Initiative für sinnvoll und er sehe auch das Potenzial. Zudem bitte er um Konkretisierung des Begriffs „Freiflächen“ von Punkt 4. A.

Herr Dr. Franzen ergänzt, dass es nicht darum ginge, ökologisch wertvolle Flächen für PV-Anlagen zu nutzen, sondern z. B. Deponieflächen oder Industriebrachen gemeint seien. Herr Dr. Schem bittet diesbezüglich um Ergänzung des ursprünglichen Beschlusstextes.

Frau Willner und Herr Dedert beschreiben sinnvolle Möglichkeiten der Doppelnutzung von bestehenden Agrar-Flächen für PV-Anlagen.

Beschluss:

- 1. Der Klimabeirat hält den Ausbau der Photovoltaik für eine der wichtigsten Aufgaben der kommunalen Klimapolitik. Dabei geht es nicht allein um eine Verbesserung der Erzeugungsbilanz, sondern auch um Steigerung des Eigenverbrauchs und um die Zusammenführung von Erzeugung und Verbrauch.**
- 2. Angesichts der sehr hohen Potenziale in der Stadt Bielefeld für den Ausbau von Solarenergie hält es der Klimabeirat für notwendig, innerhalb des Dezernats für Umwelt/Klima/Mobilität/Gesundheit zeitnah ein Team „Taskforce Photovoltaik“ zu schaffen, das den Prozess des Photovoltaik-Ausbaus strukturiert und mit Nachdruck vorantreibt.**
- 3. Die Taskforce soll eine Kooperation mit den Stadtwerken, der Handwerkerschaft, der IHK, der WEGE, der Sparkasse und Volksbank, der EnergieAgentur.NRW, dem Landesverband Erneuerbare Energien und eventuell weiteren Akteuren initiieren und etablieren.**

4. Die Taskforce soll in Kooperation mit den genannten Akteuren ein Konzept zur Forcierung des Photovoltaik-Ausbaus entwickeln. Dabei sollen drei Hebel in den Fokus genommen werden:
 - A. der konsequente Ausbau von PV auf öffentlichen Liegenschaften und Freiflächen wie z.B. Deponieflächen und Industriebrachen,
 - B. das Heben des enormen Potenzials auf privaten (Dach)flächen (Unternehmen, Wohnungsbaugenossenschaften, Eigenheime) und die proaktive Unterstützung z.B. mit den Methoden des Direktmarketings,
 - C. die Ausschöpfung aller rechtlichen Mittel im Rahmen der Bauleitplanung und des Städtebaurechts.Über existierende Förderprogramme hinaus soll geprüft werden, wie durch die Stadt Anreize gesetzt und gezielte Unterstützung gewährleistet werden können. Die Beratungs- und Unterstützungsangebote der „Solaroffensive OWL“, der die Stadt Bielefeld im August beigetreten ist, sollen aktiv genutzt werden.
5. Um zeitnah Erfolge erzielen zu können, hält es der Klimabeirat für dringend erforderlich, ambitionierte Ausbauziele festzulegen.
6. Der Klimabeirat wünscht sich regelmäßige Berichte über die Arbeit der Taskforce.

- abweichend vom Beschlussvorschlag (Ergänzung bei Punkt 4. A.) bei einer Enthaltung einstimmig beschlossen -

-.-.-

Zu Punkt 6

Verwendung des Klimabudgets 2022

Beratungsgrundlage:

Drucksachennummer: 2732/2020-2025

Herr Dr. Schem erklärt, dass dem BKB bisher zwei Themen zur Verwendung des Klimabudgets 2022 vorliegen, zum einen die als Anlagen 1 und 2 ausformulierten Maßnahmen zur Unterstützung der Gastronomie, zum anderen eine erneute Durchführung des Projekts „3 Monate ohne Auto“. Letzteres habe gute Ergebnisse geliefert und die Wahrnehmung für Problemstellungen des Alltags ohne eigenes Auto geschärft.

Herr Dr. Schem schlägt vor, zehn oder sogar deutlich mehr Gastronomiebetriebe bei der Nutzung der App „KlimaTeller“ finanziell zu unterstützen. Außerdem könnten zehn Betriebe mit jeweils 1.500 Euro bei der Umsetzung eines Mehrweg-Systems im Take-Away-Bereich gefördert werden. Hier stelle sich die Frage, ob es gelingen könne, ein einheitliches System zu etablieren. Zudem sollte eine erneute Projektphase von „3 Monate ohne Auto“ für weitere 50 Teilnehmende mit jeweils max. 400 Euro bezuschusst werden.

Frau Reher gibt den Hinweis, das ein einheitliches Mehrwegsystem für die Gastronomiekunden zwar das Komfortabelste sei und durch eine bessere Nutzungsquote vermutlich auch die besten Klimaschutzergeb-

nisse liefern werde, allerdings müsse die dahinterstehende Logistik konzipiert und finanziert werden. Durch die kommenden Regelungen der EU stünde man am Anfang einer notwendigen Entwicklung.

Frau Willner gibt die Erfahrungen der Verbraucherzentrale weiter, dass die Ansprüche der Betriebe an die Mehrweggefäße je nach Art der Essensausgabe sehr unterschiedlich seien und es hilfreich sein könne, zunächst individuelle Lösungen zu unterstützen.

Herr Dedert erkundigt sich nach der Vorgehensweise der App „KlimaTeiler“ und hinterfragt die Aussagekraft bei der aus seiner Sicht komplexen Bewertung eines Gerichts in Bezug auf dessen Klimabilanz.

Frau Willner erläutert, dass der App fundierte Daten zugrunde liegen, diese bei der Ausweisung eines konkreten Gerichts aber auch mit Durchschnittswerten arbeite. Es gehe um Bewusstseinsbildung und darum, die Unterschiede zwischen pflanzlicher und tierischer Kost und verschiedenen Transportwegen und Zubereitungsformen sichtbar zu machen. Wichtig sei nicht nur die Nutzung der App allein, sondern auch eine begleitende Beratung oder Schulung der Gastronomiebetriebe, die sich über einen längeren Zeitraum erstrecken sollte.

Der BKB wägt ab, ob es sinnvoll sei, bestimmte Schwerpunktprojekte eher langfristig zu entwickeln und dazu Lücken im Handlungsprogramm Klimaschutz zu identifizieren und zu besetzen, oder ob das Klimaschutzbudget auch dazu diene, unkonventionelle Ideen umzusetzen oder kleinteilige Anreize geben zu können. Wichtig sei neben Öffentlichkeitswirksamkeit und Sensibilisierung auch eine deutliche CO₂-Ersparnis. Der zeitliche Vorlauf zur Umsetzung der Maßnahmen für die Verwendung des Budgets innerhalb eines Jahres dürfe ebenso nicht außer Acht gelassen werden.

Frau Professorin Schwenzfeier-Hellkamp fasst zusammen, dass das Projekt „3 Monate ohne Auto“ durch die bereits vorhandenen Dokumente und Erfahrungen der ersten Runde nur mit kleinem Anpassungsbedarf hinsichtlich Zielgruppe und Bekanntmachung bei geringerem Aufwand erneut durchgeführt werden könnte. Die zukünftigen Erkenntnisse aus zwei Runden „3 Monate ohne Auto“ könnten dazu dienen, neue Ansätze für den BKB im Bereich Mobilität zu entwickeln.

Herr Dr. Schem formuliert folgenden Beschlussvorschlag als Ergebnis der Aussprache:

Beschluss:

Der Bielefelder Klimabeirat empfiehlt, eine erneute Durchführung des Projekts „3 Monate ohne Auto“ im Frühjahr 2022 für 50 weitere Personen anzubieten. Dazu sollen erneut max. 400 € pro Person aus dem Klimabudget bereitgestellt werden. Die Projektausgestaltung soll wie in der ersten Runde der Durchführung erfolgen und nur in Details angepasst werden.

- einstimmig beschlossen -

Zudem empfiehlt der Bielefelder Klimabeirat, eine Förderung zu entwickeln für die Nutzung der App „KlimaTeller“ zzgl. weiterer Beratungsbausteine für Gastronomiebetriebe. Die Förderung soll für 10 Bielefelder Betriebe bereitgestellt werden mit jeweils max. 500 € pro Betrieb.

- einstimmig bei 2 Enthaltungen beschlossen -

Diese beiden Maßnahmen erfordern zusammen eine Bereitstellung von 25.000 € aus dem Klimabudget 2022.

-.-.-

Zu Punkt 7 **Beschlüsse aus vorangegangenen Sitzungen - Bericht der Verwaltung zum Sachstand**

Frau Reher berichtet, dass die PV-Förderung aufgrund des Beschlusses des BKB vom 15.09.2021 und des AfUK vom 27.10.2021 aufgenommen und zum Großteil bereits wieder ausgeschöpft wurde.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 8 **Ausblick auf die kommende(n) Sitzung(en)**

Herr Dr. Franzen regt an, das Thema „Energetische Gebäudesanierung“ in den Themenspeicher aufzunehmen.

Frau Möller gibt den 23.02.2022 als Termin für die erste BKB-Sitzung des Jahres 2022 bekannt.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Zu Punkt 9 **Verschiedenes**

Frau Egging erläutert, dass Frau Rehorst ab Dezember 2021 für die Handwerkskammer OWL ordentliches Mitglied im BKB sein wird, da Herr Borgert in den Ruhestand gehen wird.

- Kenntnisnahme -

-.-.-

Dr. Michael Schem
(Vorsitzender)

Anke Egging
(Schriftführerin)